

Rede von Stadträtin Dr. Lorenz
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 26.03.2015

- es gilt das gesprochene Wort –

Herr Oberbürgermeister,

die Herren Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger

und liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf allen Ebenen,

ich muss sprechen, weil ich im Gegensatz zu meinem Fraktionsvorsitzenden nicht mit diesem Haushaltspaket einverstanden bin. Ich spreche für die Freien Wähler und wir werden uns aus verschiedenen Gründen nicht anschließen können, was ich erläutern möchte.

Am 05.03.2015 wurde der Doppelhaushalt 2015/2016 vom Oberbürgermeister eingebracht. Er zeichnete sich durch hohe Kreditaufnahmen für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur, vorwiegend bei der Renovierung und Erweiterung der Schulen, der städtischen Gebäuden und der Straßen aus. Es wurden keine Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen, im kulturellen und sozialen Bereich vorgenommen. Der Haushaltsplan wurde von nahezu allen im Rat als ausgeglichen und dem Leitantrag von 2013/2014 entsprechend beurteilt und gelobt – auch von uns. Der Vorschlag wird von uns immer noch gelobt. Dank höherer Steuereinnahmen, höherer Landeszuschüsse und der außerordentlich günstigen Zinsentwicklung konnte der Schuldenstand reduziert werden. Dazu trug nicht zuletzt die Übergabe der Sparte Abwasser an die Eigenbetriebe Stadtwerke bei. Insofern sind die Zahlen nicht mit 2013 zu vergleichen. Es erscheint auch nicht der Verlust der Bäder mit 3 – 4 Mio. Euro, da diese zu den Stadtwerken ausgelagert wurden. Dennoch beunruhigend ist der Blick in die weitere Zukunft, dies hat mich dazu bewogen, gegen den Haushalt zu stimmen.

Der Schuldenstand wird von 131,6 Mio. Euro in 2014 auf insgesamt 312,9 Mio. Euro in 2019 anwachsen. Dies muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Und damit müssen unsere nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und auch die nachfolgende Generation leben können. Damit steigt dann auch die Belastung durch die Kreditbedienung von 6,3 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro in 2019. Das sind Millionen von Euro, die wir anderweitig sehr gut einsetzen könnten, wenn wir nicht so viele Kredite aufnehmen müssten.

Der Schuldenstand pro Einwohner ist auch immer interessant: bis Ende 2016 beträgt er 1.270 Euro pro Einwohner und Ende 2019 beträgt er 1.980 Euro pro Einwohner – das sind 700 Euro mehr pro Kopf. Das ist für uns die wichtigste und bedrohlichste Botschaft des ganzen Haushalts.

Mit den Investitionen wächst natürlich auch das Anlagevermögen der Stadt. Aber mit Schulhöfen kann man keine Kindergärtnerinnen bezahlen. Und die laufenden Arbeiten müssen finanziert werden können.

Diese Entwicklung hat unausweichliche Ursachen: Gemeinschaftsschulen, Inklusion an allen Schulen, höhere Ausgaben für Flüchtlinge, veränderte Lehrpläne an den Schulen, Recht auf Betreuungsplätze für Kleinkinder, um nur wenige Beispiele zu nennen. Neue Raumvorgaben für Flüchtlinge und Heimbewohner sind im Entwurf noch nicht berücksichtigt, das wird uns aber eines Tages erreichen - die Umsetzung wurde nur aufgeschoben. Das alles sind Vorgaben des Gesetzgebers ohne

entsprechende oder nur teilweise finanzielle Beteiligung des Landes und auch Bundes. Den größten Brocken, die wachsenden Defizite der Stadtwerke, hat Herr Lachenauer schon eindringlich ausgeführt, dazu brauche ich nicht mehr Stellung zu nehmen.

Ein weiterer Umstand mahnt zu größter Zurückhaltung: Die Quote der Eigenfinanzierung unserer Investitionen betrug 2013 86,4 %, sie wird 2016 nur noch 48,6 % sein. Das darf man nicht vergessen!

Nun zu den Anträgen: Uns Freien Wählern ist die Stabilisierung des Haushalts, Sanierung der Schulen, Sanierung der Straßen, Masterplan und Verkehrsplan für das Neuenheimer Feld wichtig. Über die Neckarquerung möchte ich nicht sprechen – da habe ich meine persönliche Ansicht. Entscheidungen werden dann später gefällt.

Einige wichtige Anträge hatten wir im kulturellen Bereich gestellt, teilweise sind diese im Gesamtpaket enthalten. Niemand kann behaupten, dass mit den Anträgen leichtfertig umgegangen worden ist. In langen Sitzungen haben die Fraktionen gemeinsam 265 Änderungsanträge bearbeitet, zusammengefasst, zurückgezogen oder variiert. Das ist nach einem meist vollen Berufstag eine große Leistung. Das möchten auch wir anerkennen und dessen sollte sich der Bürger einmal bewusst sein. (Ich konnte leider nur an einer Sitzung teilnehmen.) Mein Kompliment und Dank möchte ich vor allem den Finanzsprechern der Fraktionen aussprechen – das war eine gute Leistung.

Wir, die Freien Wähler, finden uns in zahlreichen Paketanträgen wieder, ich erspare die Details. Einige Anträge im Paket sind allerdings willkürlich und nicht inhaltlich sorgfältig begründet. Bei der Begründung Personalkostenerhöhung müsste aus Gerechtigkeitsgründen bei allen Institutionen die gleiche prozentuale Anhebung erfolgen. Neue Antragssteller müssten sich eigentlich erst einmal bewähren, ehe ihnen institutionelle Zuschüsse gegeben werden. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Das Haus am Wehrsteg haben fast alle in ihr Herz geschlossen und gleich eine institutionelle Förderung mit 9.000 Euro ins Paket gepackt. Das Puppentheater Plappermaul hat uns in der Vergangenheit erheblich genervt mit der Forderung, dass die Stadt Räume finden solle. Jetzt haben diese Menschen Räume gefunden und möchten renovieren und haben dafür einmalig 15.000 Euro beantragt. Man hat ihnen großzügig 10.000 Euro gewährt. Ich finde die Wertigkeit nicht nachvollziehbar. Der erste Kontakt unserer Kinder mit Life-Theater, neben elektronischen Medien, sollte uns erinnern, dass auch Kasperletheater, und hier in hoher Qualität geboten, zu unserem Kulturgut gehört. Für Enjoy Jazz konnten wir nur mit Mühe 10.000 Euro Zuschusserhöhung erreichen. Gegenüber Mannheim und Ludwigshafen ist das ein Signal.

Die zahlreichen Erhöhungen im institutionellen Bereich werden uns die kommenden Jahre begleiten. Bekanntlich wurde hier noch nie ein Abbau getätigt. Darüber sollten wir in der kommenden Finanzperioden in Ruhe einmal nachdenken. Wir müssen anfangen, nicht immer nur auszuteilen. Das ist auch ein wesentlicher Grund, dass wir das Paket nicht im Ganzen ablehnen werden. Die Deckung erfolgt fast nur durch die sogenannten Globalen Minderausgaben der Verwaltung. Das ist aber keine Globale Minderausgabe, sondern das ist eine partielle Minderausgabe, denn es sollen Schulen und Kindergärten ausgeschlossen werden, so dass die restliche Verwaltung die 1,5 Mio. Euro stemmen muss. Da bin ich gespannt, wie man der Verwaltung, die außerordentlich aktiv ist und die gefordert wird, dann noch 1,5 Mio. Euro abnehmen möchte.

Wir danken allen Mitarbeitern an diesem großen Werk, sowohl in der Kämmerei, als auch an den Arbeitsplätzen der Stadt für ihren großen Einsatz und hoffen, dass die Situation in Heidelberg einigermaßen stabil bleiben kann. Bitte vergessen Sie alle nicht den Blick in die Zukunft. Die Kinder, für die wir mit unseren Mitteln ein behütetes Leben schaffen wollen, müssen schließlich die Rechnung in den kommenden Generationen bezahlen.

Ich zitiere Herrn Heiß, dem ein besonderer Dank gebührt: „Wünschenswertes aber nicht zwingend Notwendiges ist zunächst hinten anzustellen.“ Danach handeln wir privat und ebenso in Verantwortung für die Stadt Heidelberg.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, ich persönlich finde es großartig, dass sich hier eine größere Gruppe zusammen getan hat. Man kann ja anderer Meinung sein – so ist die Demokratie. Sie nimmt uns nicht die Fähigkeit, uns gegenseitig zu respektieren. Aber der Respekt sollte gegenseitig da sein. Ich glaube, er ist es auch. Und ich muss immer wieder sagen, wie gut es uns in dieser Stadt geht. Wir können froh sein, in Europa, in Deutschland und in Heidelberg zu leben. Dafür sollten wir alle Tage dankbar sein und uns freuen.

Vielen Dank.